

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Baesweiler
im Sitzungssaal des Rathauses Setterich am 15.01.2008**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

Anwesend waren:

a) Bürgermeister Dr. Linkens als Vorsitzender
(stimmberechtigt gem. § 57 Abs. 3 GO NRW)

b) stimmberechtigte Mitglieder:

Beckers, Rolf
Burghardt, Jürgen
Dederichs, Norbert
Geller, Herbert
Lankow, Wolfgang
Mandelartz, Alfred
Meirich, Thomas
Mohr, Bruno
Mohr, Christoph

Pehle, Bernd
Puhl, Mathias
Reinartz, Ferdi
ab TOP 2
Scheen, Wolfgang
Schmidt, Kathi
für Schmitz Hendrik
Schönborn, Christian
für Zantis, Jürgen

c) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
StVR Schmitz
StVR Derichs
StAR Wetzel als Schriftführerin

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 08.01.2008 für Dienstag, 15.01.2008, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung in den Sitzungssaal des Rathauses Setterich einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht worden.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig war.

T A G E S O R D N U N G

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2007
2. Stellenplan 2008
3. Beratung über eventuelle Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2008
4. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2008
5. Beteiligungsbericht 2008 der Stadt Baesweiler
6. Änderung der Satzung über die Inanspruchnahme von Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Baesweiler und über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren
7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die bei der Sitzung Anwesenden erhoben sich zunächst von ihren Plätzen und gedachten in einer Schweigeminute des am 11. Januar 2008 bei einem tragischen Verkehrsunfall ums Leben gekommenen Sohnes des Ratsmitgliedes Wilfried Menke.

A) Öffentliche Sitzung

1. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2007**

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2007 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Stellenplan 2008

1. Allgemeines

Der Stellenplan hat die im Haushaltsjahr erforderlichen Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Angestellten und Arbeiter auszuweisen (vgl. § 8 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung).

Er ist Anlage des Haushaltsplanes und gemäß § 80 Abs. 4 Satz 1 der Gemeindeordnung NW (GO NW) vom Rat in öffentlicher Sitzung zu beschließen. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, dass bei der Erörterung des Stellenplanes im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeit der Beratung die Diskussion auf Zahl und Art der im Entwurf des Stellenplanes vorgesehenen Stellenplanänderungen zu beschränken ist, während die Erörterung von Personalfragen in öffentlicher Sitzung im Hinblick auf § 30 GO NW (Verschwiegenheitspflicht) unzulässig wäre.

Aufgrund der Einführung des „Neuen kommunalen Finanzmanagements“ werden die Stellen der Beamten und tariflich Beschäftigten in der Stellenübersicht des Stellenplanes nunmehr den gebildeten Produkten zugeordnet und nicht - wie bislang - den Unterschnitten gemäß Kameralistik. Bedienstete können dabei auch für mehrere Produkte tätig sein. Entsprechend wurden die Stellenanteile diesen Produkten zugeordnet, wobei jeweils auf 0,1 Stellenanteile auf- oder abgerundet wurde.

Entsprechend einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt wurden die Stellen nunmehr vollzeitäquivalent verrechnet und dargestellt. Die Anzahl der Stelleninhaber ist in der Spalte Erläuterungen angegeben.

2. Entwurf des Stellenplanes 2008

Zu dem der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Stellenplanelntwurf für das Haushaltsjahr 2008 werden darüber hinaus folgende Hinweise gegeben:

2.1 Beamtenstellen

2.1.1 Wahlbeamte

Die drei Stellen der Wahlbeamten der Stadt Baesweiler sind entsprechend den Vorschriften der Eingruppierungsverordnung (EingrVO) ausgewiesen. Es ergeben sich in 2008 keine Änderungen.

2.1.2 Laufbahnbeamte (höherer Dienst / gehobener Dienst / mittlerer Dienst)

Im höheren Dienst ergeben sich keine Änderungen. Die Stellen sind wie folgt ausgewiesen:

- Besoldungsgruppe A 14: 1 Stelle (Vollzeit)
- Besoldungsgruppe A 13: 1 Stelle (Vollzeit)

Durch Beschluss des Stadtrates vom 19.06.2007 (TOP 4) wurde der Stellenplan im Bereich des gehobenen Dienstes wie folgt geändert:

- Umwandlung von 2 Stellen von Besoldungsgruppe A 11 BBesG nach Besoldungsgruppe A 12 BBesG,
- Umwandlung 1 Stelle von Besoldungsgruppe A 10 BBesG nach Besoldungsgruppe A 11 BBesG

Die Stellen des gehobenen Dienstes sind zurzeit wie folgt ausgewiesen:

Gehobener Dienst:

Besoldungsgruppe A 13:	3,0 Stellen (3 Vollzeitstellen)
Besoldungsgruppe A 12:	6,3 Stellen (5 Vollzeit-/2 Teilzeitstellen)
Besoldungsgruppe A 11:	8,0 Stellen (8 Vollzeitstellen)
Besoldungsgruppe A 10:	4,9 Stellen (3 Vollzeit-/3 Teilzeitstellen)
Besoldungsgruppe A 9:	1,0 Stelle (Vollzeit)

Hiervon ausgehend, ergibt sich für den Stellenplan 2008 folgendes:

- Umwandlung 1 Stelle von Besoldungsgruppe A 10 BBesG nach Besoldungsgruppe A 11 BBesG

Im Mittlerer Dienst ergeben sich keine Änderungen. Die Stellen sind wie folgt ausgewiesen:

Besoldungsgruppe A 9:	3,5 Stellen (3 Vollzeit-/1 Teilzeitstelle)
Besoldungsgruppe A 8:	0,5 Stelle (1 Teilzeitstelle)

Insgesamt sind 29,2 Stellen für Laufbahnbeamte ausgewiesen. Die Ausweisung der Stellen steht im Einklang mit der Verordnung zur Festsetzung besonderer Stellenobergrenzen im kommunalen Bereich (StOV-Gem) vom 10.05.2005.

2.2 Tariflich Beschäftigte:

Auch im Bereich der tariflich Beschäftigten werden die Stellen nunmehr vollzeitäquivalent verrechnet und dargestellt.

Für den Stellenplan 2008 ergeben sich ansonsten keine Änderungen.

2.3. Beamte zur Anstellung

In der Stellenübersicht Teil B „Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit - Beamte zur Anstellung“ sind zurzeit keine Stellen für Inspektorinnen z.A. / Inspektoren z.A. vorgesehen.

2.4 Nachwuchskräfte

Die für die Einstellung von Nachwuchskräften benötigten Ausbildungsplätze sind in der Übersicht "Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte" zum Stellenplan 2008 ausgewiesen.

Fraktionsvorsitzender Pehle der SPD-Fraktion beantragte, im Bereich "Städtischer Bauhof" zusätzliches Personal einzustellen. Dieser Antrag stehe im direkten Zusammenhang mit der zusätzlichen Mittelbeantragung der SPD in Höhe von 50.000 € im Bereich der Kinderspielplätze. Aufgrund des Einwohneranstieges und der damit verbundenen Entstehung neuer Wohngebiete, Grünanlagen und Spielplätze werde die zahlenmäßige Anpassung der Beschäftigten, die diese Flächen und Plätze instand halten und säubern müssten, notwendig. Der SPD stelle sich die Frage, ob der städtische Bauhof mit dem vorhandenen Personal in der Lage sei, diese Arbeiten in der Regelarbeitszeit zu leisten.

Alternativ zur Aufstockung des städtischen Personals solle darüber nachgedacht werden, diese Aufgaben teilweise an das örtliche Handwerk zu vergeben.

Bürgermeister Dr. Linkens antwortete, dass im Haushalt sowohl Mittel für zwei Auszubildende im Beruf des Gärtners sowie für zwei Mitarbeiter, die sich derzeit in einem Lohnkostenzuschuss-Verhältnis befinden und demnächst in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen, befänden. Bezüglich der Grünanlagen im Bereich des CarlAlexanderParkes erklärte er, dass die Verwaltung derzeit eine Ausschreibung zur Pflege dieser Grünanlagen vorbereite, sodass sich diesbezüglich kein weiterer Stellenbedarf ergebe.

Eingehend auf die Anregung, zukünftig mehr Aufträge an das örtliche Handwerk zu vergeben, erklärte Dr. Linkens, dass bereits seit Jahren Aufträge

an Handwerksbetriebe, beispielsweise Hausmeisterverträge, vergeben würden und diese Praxis auch zukünftig beibehalten werde.

Im Bereich Personal halte die Verwaltung einen höheren Ansatz nicht für erforderlich.

Fraktionsvorsitzender Beckers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass seine Fraktion dem Stellenplanentwurf zustimmen werde und keine Änderungsanträge stelle.

Das Thema Kinderspielplätze und deren Pflege müsse fortwährend beobachtet werden. Man sehe aber derzeit keinen Handlungsbedarf, das vorhandene Personal aufzustocken.

Fraktionsvorsitzender Puhl der CDU-Fraktion signalisierte ebenfalls Zustimmung zu dem vorgelegten Stellenplan. Er wies darauf hin, dass derzeit eine Untersuchung der Kinderspielplätze hinsichtlich deren Nutzung durchgeführt werde. Diese Ergebnisse solle man zunächst abwarten. Eventuell könne ja auch ein Spielplatz wegfallen, sodass sich ein niedrigerer Personalaufwand ergebe. Auf das Thema Kinderspielplätze solle man aber zu gegebener Zeit nach Vorliegen der Ergebnisse zurückkommen.

Das Thema Spielplätze wurde im Bau- und Planungsausschuss ausführlich diskutiert, so I. und Techn. Beigeordneter Strauch. Die Kinder- und Jugendbeauftragte erstelle derzeit ein Spielplatzkonzept, aufgrund dessen Bedarf und Angebot von Spielplätzen einander angepasst werden solle. Herr Strauch wies außerdem darauf hin, dass im Sommer ein Sandreinigungsgerät zur Arbeitsentlastung des Bauhofpersonals angeschafft wurde. Er gehe davon aus, dass der Bauhof die Instandhaltung und Reinigung der Spielplätze im Griff haben werde.

Fraktionsvorsitzender Pehle bestand darauf, dass es der SPD-Fraktion nicht nur um den Zustand der Spielplätze, sondern um den Allgemeinzustand der Stadt gehe. In den vergangenen Jahren habe es zahlreiche Veranstaltungen und vielfältige Aufgaben für den Bauhof gegeben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Rat der Stadt Baesweiler mit 13 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen vor, den der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 zu beschließen.

3. Beratung über evtl. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2008

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2008 liegt nach öffentlicher Bekanntmachung am 19.12.2007 in der Zeit vom 20.12.2007 bis einschließlich 29.01.2008 öffentlich aus.

Bis einschließlich 03.01.2008, konnten Einwohner oder Abgabepflichtige Einwendungen gegen diesen Entwurf erheben.

Es wurden keine Einwendungen erhoben.

Die Entwurfsunterlagen wurden der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer Rheinland zur Stellungnahme vorgelegt.

Die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer vom 10.01.2008 ist der Originalniederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Bürgermeister Dr. Linkens erklärte, dass die Haushaltslage der Stadt Baesweiler positiv bewertet werde. Der Überschuss im Jahr 2007 sei aber nicht alleine durch höhere Gewerbesteuereinnahmen erwirtschaftet worden, sondern teilweise auch durch die gesamtwirtschaftliche positive Lage. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt Baesweiler den geringsten Hebesatz für die Gewerbesteuer im Kreis Aachen erhebe.

Ein Vergleich mit Gemeinden in anderen Kreisen sei deshalb schwierig, da die Stadt Baesweiler mittels der Kreisumlage auch schwierigere Sozialstrukturen in anderen Städten des Kreises Aachen mitfinanziere. Des Weiteren sei zu berücksichtigen, dass zum 01.01.2008 eine Unternehmenssteuerreform mit einem einheitlichen Faktor eingeführt wurde. Die finanziellen Auswirkungen müssten abgewartet werden. Die Senkung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer wie von der IHK gefordert, werde deshalb von der Verwaltung nicht unterstützt.

Zur Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Aachen erklärte Fraktionsvorsitzender Beckers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sich die Kammer mit dieser Stellungnahme keinen Gefallen täte. Als langjähriges Ratsmitglied habe er die Bestrebungen der Stadt in Sachen Wirtschaftsförderung begleitet. In Sachen Wirtschaftsförderung sei immer zum Wohle der Stadt parteiübergreifend an einem Strang gezogen worden. Es wurde sehr viel geleistet. Nunmehr um die Senkung der Gewerbesteuer um einige wenige Punkte zu handeln, sei der Sache nicht dienlich. Die Stadt Baesweiler unternehme sehr viele Anstrengungen zur erfolgreichen Wirtschaftsförderung. Auch das Thema Stadtmarketing werde erfolgreich betrieben.

Seitens der Stadt Baesweiler würde diesbezüglich viel investiert, was sowohl den Gewerbebetrieben als auch der Bevölkerung zu Gute komme. Insofern sei ihm die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer unverständlich.

Fraktionsvorsitzender Puhl der CDU-Fraktion ergänzte, dass die Stadt Baesweiler keine Förderung mehr erhalte, sodass inzwischen entsprechend höhere Kosten in Sachen Wirtschaftsförderung auf sie zukäme.

Sodann wurde einstimmig beschlossen, es bei den bereits festgesetzten Hebesätzen für die Gewerbesteuer für das Jahr 2008 zu belassen.

4. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2008

In der Sitzung des Stadtrates am 18.12.2007 ist der Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2008 eingebracht worden. Nach der Zuleitung haben sich Veränderungen ergeben, die auf

- I. die Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes NRW betreffend die Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den finanziellen Belastungen des Landes NRW auf Grund der Deutschen Einheit und eine sich daraus ergebende Rückzahlung an die Stadt Baesweiler im Haushaltsjahre 2008 sowie
 - II. eine erforderliche Nachveranschlagung von Auszahlungen, insbesondere aus Investitionstätigkeit,
- zurückzuführen sind und zu Änderungen in der Entwurfsfassung führen.
- III. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, einen 1. Ansatz für vorbereitende Arbeiten zum Straßenausbau der verlängerten Roskaul im Produkt 12-01-01 - Straßenbau mit einem Betrag von 50.000 € zu bilden.

Diese Veränderungen werden nachstehend erläutert:

- I. Rückzahlung aus der Finanzierungsbeteiligung am Fond Deutsche Einheit

Nach den Finanzierungsstrukturen des Solidarpaketgesetzes betrug die kommunale Beteiligungsquote etwa 40 v.H. Bis einschließlich 2005 wurde im Rahmen des Solidarbeitragsgesetzes eine "Spitzabrechnung" der Finanzierungsbeteiligung vorgenommen; seit dem Jahre 2006 ist diese unterblieben. Tatsächlich haben die Gemeinden in Nordrhein-

Westfalen anhand eines Gutachtens nachweisen können, dass die kommunale Finanzierungsbeteiligung an den Lasten der Deutschen Einheit bei über 90 v.H. gelegen hat.

Diese Abweichung hat der Verfassungsgerichtshof als nicht tolerabel festgestellt und das Land verpflichtet, einen rückwirkenden Ausgleich spätestens im Jahre 2008 zu gewähren. Die Landesregierung hat darauf hin einen Gesetzentwurf über zu zahlende Abschläge auf der Basis der Berechnung der Schlüsselzuweisungen für Gemeinden nach den maßgeblichen Gemeindefinanzierungsgesetzen 2006 und 2007 in den Landtag eingebracht.

Hierzu ist den Gemeinden vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW eine Modellrechnung zur Verfügung gestellt worden. Nach dieser Modellrechnung zahlt das Land Nordrhein-Westfalen an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2006 Abschläge in Höhe von 280 Mio EUR und für das Jahr 2007 Abschläge in Höhe von 220 Mio EUR, insgesamt somit 500 Mio EUR. Die Stadt Baesweiler erhält im Jahre 2008 Abschläge in Höhe von 431.972 EUR für das Jahr 2006 und in Höhe von 338.867 EUR für das Jahr 2007, insgesamt somit 770.839 EUR. Die Zahlung führt zu einem Ansatz im Ergebnisplan bei Produkt 16-01-01 Allgemeine Finanzwirtschaft bei Sachkonto 411110 als Abschlagszahlung auf Solidarbeitragserstattungen des Landes. Ansatz bisher: 0, Ansatz neu: 770.000 EUR und im Finanzplan bei Sachkonto 611110, Ansatz bisher: 0, Ansatz neu: 770.000 EUR.

II. Nachveranschlagung von Investitionsauszahlungen

Bereits bei der Einbringung des Haushaltes 2008 wurde darauf hingewiesen, dass für die Ausführung der bereits im Jahre 2007 begonnenen Baumaßnahmen in Abhängigkeit von dem Baufortschritt evtl. Nachveranschlagungen erforderlich werden. Bei Fortbestehen des kameralen Haushaltsrechtes wäre durch die Bildung von Haushaltsausgaberesten die Fertigstellung der jeweiligen Maßnahme sichergestellt worden, wobei die Finanzierung durch die Bildung von Haushaltseinnahmeresten auf den Haushaltsansatz 2007 erfolgt wären. Nach der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zum 01.01.2008 erfolgt zur Finanzierung der Restarbeiten eine Neuveranschlagung von Haushaltsmitteln:

1. Produkt 11-03-01 - Oberflächenentwässerung Sachkonto 785200 - Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen

Der Ansatz 2008 beläuft sich nach dem vorliegenden Entwurf auf 3.476.000,00 EUR. Dieser Ansatz erhöht sich für die Fertigstellung der Teilerneuerung "Kanal am Beeckfließ" und Fertigstellung des Kanals in der Drosselstraße. Für die Fertigstellung der Baumaßnahmen erfolgte nach dem erwarteten Baufortschritt für 2008 keine

Mittelveranschlagung. Infolge der Bauausführung ergibt sich im Jahre 2008 eine Abschlusszahlung in Höhe von 26.000,00 EUR für den Kanal am Beeckfließ und 5.500,00 EUR für den Kanal in der Drosselstraße.

Der bisherige Haushaltsansatz bei Sachkonto 11-03-01-785200 in Höhe von 3.476.000,00 EUR erhöht sich um 31.500 EUR auf neu 3.507.500 EUR.

2. Produkt 12-01-01 - Bereitstellung von Verkehrswegen etc.
Sachkonto 785200 - Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen

Der Ansatz 2008 beläuft sich nach dem vorliegenden Entwurf auf 2.302.000 EUR.

Dieser Ansatz erhöht sich durch die nachstehend aufgeführten Baumaßnahmen:

- Ausbau Stegerhüttestraße
Für die Fertigstellung der Ausbaumaßnahme erfolgte nach dem erwarteten Baufortschritt für das Jahr 2008 eine Restmittelveranschlagung in Höhe von 100.000 EUR. Infolge des Baufortschrittes konnten Ausgaben in Höhe von ca. 41.000 EUR noch nicht geleistet werden. In dieser Höhe erfolgt für die Fertigstellung eine Nachveranschlagung.
- Kreisverkehr An der Waad
Für die Fertigstellung der sich ergebenden Abschlusszahlungen erfolgt eine Neuveranschlagung in Höhe von 50.000 EUR.
- Straßenbau Clara-Schumann-Straße
Für die Fertigstellung und die sich ergebenden Abschlusszahlungen erfolgt eine Neuveranschlagung in Höhe von 26.000 EUR.
- Straßenbau Ederener Weg
Für die Fertigstellung und die sich ergebenden Abschlusszahlungen erfolgt eine Neuveranschlagung in Höhe von 34.000 EUR.
- Brückenbaumaßnahmen
Für die Fertigstellung und die sich ergebenden Abschlusszahlungen erfolgt eine Neuveranschlagung in Höhe von 264.000 EUR.

Die Gesamtsumme der sich im Produkt 12-01-01 ergebenden Veränderungen beläuft sich auf 415.000 EUR. Der bisherige Haushaltsansatz bei Sachkonto 12-01-01 785200 in Höhe von 2.302.000 EUR erhöht sich dadurch um 415.000 EUR.

3. Produkt 13-02-01 Landschaftsentwicklung und Landschaftsplan
a) Sachkonto 785200 - Auszahlungen für Baumaßnahmen

Der Ansatz beläuft sich nach dem vorliegenden Entwurf auf 3.665.000 EUR.

Von diesem Gesamtbetrag entfallen auf die Umsetzung baulicher Maßnahmen für das EuRegionale-Projekt "Carl-Alexander-Park" 3.410.000 EUR. Bei der Mittelveranschlagung 2008 ist die Verwaltung davon ausgegangen, dass im Jahre 2007 nach Ausführung der Arbeiten insgesamt noch etwa 250.000 EUR zur Auszahlung in 2007 gelangt wären. Dies ist nicht geschehen.

Für das Jahr 2008 ist der Ansatz daher um diesen Betrag zu erhöhen.

Für diese Auszahlungsverschiebung in das Jahr 2008 erhöht sich dann auf der Einnahmenseite bei Sachkonto 681100 der 80 %-ige Landeszuschuss von bisher 2.730.000 EUR um 198.000 EUR auf neu 2.928.000 EUR, sodass sich aus der Verschiebung eine verbleibende Belastung für den Haushalt 2008 in Höhe von 52.000 EUR ergibt.

b) Sperrvermerk zu Sachkonto 785200 - CAP

Gemäß § 7 Ziffer 4 der Haushaltssatzung 2008 der Stadt Baesweiler (Sperrvermerk bei Zweckbindung) ist für die Haushaltsansätze, für die Zuschüsse zur Finanzierung haushaltsrechtlich vorgesehen sind, ein Sperrvermerk eingerichtet. Dies bedeutet in diesem konkreten Fall, dass die Verwaltung Auftragsvergaben für die Baumaßnahmen Carl-Alexander-Park nur insoweit vergeben darf, wie entsprechende Mittelbewilligungen für Landeszuschüsse bei der Stadt Baesweiler eingehen. Im Hinblick darauf, dass eine möglichst schnelle Fertigstellung des Carl-Alexander-Parks angestrebt wird, könnte eine verspätete Zuschussbewilligung zur Verzögerung der Baumaßnahmen führen.

Dem Haupt- und Finanzausschuss wird daher vorgeschlagen, den Sperrvermerk zu Lasten des Sachkontos 785200 für den Bau des CAP aufzuheben. Die Verwaltung wird ermächtigt, im erforderlichen Umfange von dieser Entsperrung Gebrauch zu machen.

4. Produkt 08-02-01 Sport- und Vereinsförderung
Sachkonto 786080 - Ausleihungen
Zur Finanzierung der Baukosten für den Bau der Mehrzweckhalle Beggendorf hat die Stadt Baesweiler einen Zuschuss in Höhe von 250.000 EUR im Jahre 2007 geleistet.

Außerdem waren im Haushaltsplan 2007 Zuschüsse in Höhe von 48.250 EUR als "Vorfinanzierung" zur anschließenden Erstattung durch die nutzenden Vereine und 21.075 EUR als "Vorfinanzierung" zur anschließenden Erstattung durch Dritte veranschlagt. Die Auszahlung dieser beiden Beträge war bisher nicht erforderlich.

5. Produkt 01-11-10 Ankauf von Grundstücken
Sachkonto 782113 - Auszahlung für den Erwerb von Ackerland
Der Haushaltsansatz laut Planentwurf 2007 beläuft sich auf 330.000 EUR. Bereits seit einiger Zeit führt die Verwaltung Gespräche hinsichtlich des Erwerbs von Grundstücken zur Gewerbegebietserweiterung. Nach dem derzeitigen Stand kann davon ausgegangen werden, dass diese Gespräche zu einem positiven Abschluss führen werden.

Hierzu wird die Verwaltung im nichtöffentlichen Teil berichten. Der bisherige kamerale Haushalt hatte auch entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung, die nun im Jahresabschluss 2007 aber nicht als Haushaltsausgabereste übertragen werden (frei verfügbare Restmittel 2007: 287.468 EUR).

Die Verwaltung schlägt vor, den Haushaltsansatz 2008 um die aus der unter Ziffer I vorgetragenen, verbleibenden Haushaltsverbesserungen in Höhe von 152.175 EUR (Mehreinnahme 770.000 EUR abzüglich der vorstehend dargestellten Haushaltsbelastungen 2008 = 617.825 EUR) für Grundstückskäufe zur erforderlichen Gewerbegebietserweiterung zur Verfügung zu stellen.

Der Haushaltsansatz bei Produkt Sachkonto 01-11-10 782113 erhöht sich von bisher 330.000 EUR um 152.175 EUR auf neu 482.175 EUR.

- III. Produkt 12-01-01 - Bereitstellung von Verkehrswegen etc.
Sachkonto 785200 - Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen

Für vorbereitende Arbeiten zum Straßenausbau verlängerte Roskaul soll ein 1. Ansatz in Höhe von 50.000 EUR für das Haushaltsjahr 2008 gebildet werden. Der im Produkt 12-01-01 erforderliche Ansatz erhöht sich damit auf neu 2.767.000 EUR.

Die sich aus den vorstehenden Veränderungen ergebenden Auswirkungen auf den Gesamtergebnisplan und den Gesamtfinanzplan sind der der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügten Darstellung zu entnehmen.

Fraktionsvorsitzender Puhl der CDU-Fraktion bedankte sich bei der Verwaltung für den vorgelegten Haushalt. Er lobte, dass die Stadt bereits vor dem vom Gesetzgeber festgelegten Termin für die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement am 01.01.2009 einen Haushalt nach NKF vorlegen könne. Zwar seien im Haushalt noch Punkte offen und es liege eine vorläufige Bilanz vor, auch Kennzahlen und Zielvorgaben seien noch nicht gemacht. Jedoch halte er es für sinnvoll, hier einige Jahre die Entwicklung abzuwarten, sodass man danach mit Hilfe des neuen Modells NKF steuernd in den Haushalt eingreifen könne.

Der jetzt vorgelegte Haushalt sei sehr aussagekräftig, was die Kostenpositionen betreffe. Die CDU-Fraktion beantrage keine Änderungen, da sie die vorhandenen Mittel als sinnvoll eingesetzt betrachte.

Fraktionsvorsitzender Pehle der SPD-Fraktion beantragte die Erhöhung der Investitionskosten für die Instandsetzung der öffentlichen Spielplätze und der darauf befindlichen Spielgeräte um zusätzliche 50.000 € als Sofortmaßnahme. Er begründete dies mit einem dringenden Handlungsbedarf. Der Zustand der Spielplätze sei bereits im Bau- und Planungsausschuss am 23.09.2007 thematisiert worden. Die SPD sähe die Schäden an den Spielgeräten und den Einfriedungen jedoch nicht nur als Vandalismus-schäden durch Kinder und Jugendliche verursacht, sondern in vielen Fällen als Materialüberalterung, die zu einer erhöhten Unfallgefahr führe. Gegenfinanziert werden könne diese Erhöhung durch eine geringere Erhöhung des Ansatzes beim Produkt "Ankauf von Grundstücken" oder aber durch eine Verschiebung der vorbereitenden Arbeiten zum Straßenausbau der verlängerten Roskaul in das Jahr 2009.

Des Weiteren beantragte Herr Pehle für die SPD-Fraktion Mittel in Höhe von 50.000 € für zusätzliche Maßnahmen zur Energieeinsparung in den öffentlichen Gebäuden. Als Begründung nannte er einen Beitrag zur Verhinderung einer weiteren globalen Klimaerwärmung sowie langfristige Einsparpotenziale, die zu einer deutlichen Kostenminimierung führen würden. Zur Gegenfinanzierung könne die beabsichtigte Ansatzserhöhung bei dem Produkt "Ankauf von Grundstücken" um weitere 50.000 € niedriger ausfallen.

Eingehend auf den ersten Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung der Investitionskosten für die Instandsetzung der öffentlichen Spielplätze und der darauf befindlichen Spielgeräte um zusätzliche 50.000 € erklärte Bürgermeister Dr. Linkens, dass die Verwaltung im Haushalt eine Summe von ca. 140.000 € für diesen Zweck vorhalte. Da Herr Pehle von einer Summe von 58.000 € ausgehe, die um 50.000 € aufgestockt werden sollten, würden die Forderungen der SPD-Fraktion sogar wesentlich überboten, sodass der Antrag hinfällig sein dürfte.

Zu dem Antrag, 50.000 € für zusätzliche Maßnahmen zur Energieeinsparung in den öffentlichen Gebäuden zur Verfügung zu stellen, erklärte I. und Techn. Beigeordneter Strauch, dass in der Eröffnungsbilanz unter der Pos. Instandhaltungsrückstellungen 713.857 € eingestellt worden seien. Diese würden weit überwiegend für energetische Optimierungsmaßnahmen eingesetzt. Als Beispiele nannte er die Erneuerung der Fenster im Neubau der Friedensschule, die Sanierung und Dämmung des Flachdaches im Verwaltungstrakt an der Grengrachtschule, eine Dachdämmung der Realschule sowie Sanierung der Holzfenster in der Turnhalle am Weiher, eine Dachbodensanierung am Gymnasium sowie neue Heizkesselanlagen im Kindergarten Loverich.

Darüber hinaus würden mit diesen Mitteln auch andere Maßnahmen, wie beispielsweise eine Beleuchtungsoptimierung an der Goetheschule sowie eine neue Fluchttreppe in der Friedensschule finanziert. Alleine Energiesparmaßnahmen machten aber einen Anteil von ca. 500.000 € aus, sodass der geforderte Mehrbetrag von 50.000 € hinfällig sei.

Fraktionsvorsitzender Beckers der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärte, dass seine Fraktion keine Änderungsanträge vorlege. Da die Grünen aber erst in der Sitzung des Stadtrates am 29.01.08 eine abschließende Stellungnahme abgäben, werde man sich heute enthalten.

Zum Thema Kinderspielplätze erklärte Herr Beckers, dass man den sich derzeit in Arbeit befindenden Bericht hierzu abwarten solle. Er sei aber der Meinung, dass nicht alleine die Spielgeräte wichtig seien. Seitens der Grünen wurden in früheren Jahren Anträge hinsichtlich der Einrichtung kreativer Abenteuer-Spielplätze eingebracht. Hiermit sei natürlich ein anderer Aufwand und auch eine andere Gestaltung als üblich verbunden. Dem Antrag der SPD-Fraktion stehe er skeptisch gegenüber.

Ergänzend zu den Erläuterungen von Herrn Strauch i.S. Energieeinsparung verwies Herr Beckers auf die Eröffnungsbilanz, die für die nächsten drei Jahre 3,15 Millionen Euro an Rückstellungen aufweise. Davon flössen 2008 863.000 € ein. Nach dem alten Haushalt handelt es sich hierbei um außerordentliche Instandsetzungen für Gebäude, wie beispielsweise Dämmung, Dachsanierung, Fenstersanierung und Energieeinsparmaßnahmen. Der vorhandene Haushaltsansatz reiche aus. Er regte aber für den nächsten Bau- und Planungsausschuss an, dass die Verwaltung eine Zusammenstellung der in 2008 anzugehenden Maßnahmen vorlege.

In Sachen Gebäudewirtschaft sah Herr Beckers Potenzial im neuen kommunalen Finanzmanagement. So sei demnächst - wie bereits beim Kreis Aachen praktiziert - eine Auswertung nach einzelnen Gebäuden möglich. Z.B. könne pro Gebäude der Energieverbrauch sowie der Wasserverbrauch dargestellt werden. Außerdem ließe sich die Effizienz von Energiesparmaßnahmen bewerten. Es sei transparent darstellbar, wie getroffene Maßnahmen nachhaltig wirkten.

Zum Thema Energieeffizienz erklärte I. und Techn. Beigeordneter Strauch, dass im Herbst vergangenen Jahres ein Auftrag an ein Ing.-Büro vergeben wurde mit dem Ziel, die energetische Optimierung an Gebäuden zu untersuchen. Insgesamt 17 verschiedene Gebäude der Stadt Baesweiler werden beurteilt. Derzeit warte man auf den Endbericht, der Grundlage für eine sinnvolle weitere Vorgehensweise sein solle. Des Weiteren würden für die beurteilten Gebäude Energiepässe ausgestellt, die bis Sommer vorliegen müssten. Die Verwaltung sei gerne bereit, die Ergebnisse des Berichtes zusammen zu fassen und im Bau- und Planungsausschuss vorzustellen.

Sodann ließ Bürgermeister Dr. Linkens über die Anträge der SPD-Fraktion abstimmen. Die Anträge der SPD-Fraktion wurden mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Danach wurde über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Stadtrat mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vor, die Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2008 in der Form des vorliegenden Entwurfes unter Berücksichtigung der vorstehend dargestellten Änderungen und Ergänzungen zu beschließen.

5. Beteiligungsbericht 2007 der Stadt Baesweiler

Gemäß § 117 GO NRW hat die Stadt Baesweiler einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Betätigung zu erläutern ist.

Der Bericht dient der Information der Ratsmitglieder und Einwohner.

Der Beteiligungsbericht ist entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erstellt worden und dem Entwurf der Haushaltssatzung beigelegt (Nr. 8.5 des Inhaltsverzeichnisses).

Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 % beteiligt ist, sind gemäß § 1 II Nr. 9 GemHVO zusätzlich mit ihren Jahresabschlüssen, Lageberichten und Berichten über die Einhaltung der öffentlichen Zielsetzungen dem Haushaltsplan beizufügen (Nrn. 8.6 bis 8.7 des Inhaltsverzeichnisses).

Mit mehr als 50 % ist die Stadt Baesweiler an der ITS - Internationales Technologie- und Service-Center Baesweiler GmbH und an der Baesweiler Entwicklungsgesellschaft mbH beteiligt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Stadtrat einstimmig vor, den Beteiligungsbericht 2007 sowie die Anlagen über die Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Baesweiler zur Kenntnis zu nehmen.

6. Änderung der Satzung über die Inanspruchnahme von Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Baesweiler und über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren vom 26.09.2001

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in einem Urteil am 16.02.2007 festgestellt, dass Ölspurbeseitigungen von Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen eine Pflichtaufgabe nach dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) sei und somit die Gemeinden keine Kosten gegenüber dem jeweiligen Straßenbaulastträger von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen geltend machen können.

Aufgrund vermehrter Proteste hat der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen nun zum 01.01.2008 eine Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung beschlossen, die eine entsprechende Kostenregelung vorsieht. Danach ist es möglich, in den Fällen Kostenersatz vom verkehrssicherungspflichtigen Straßenbaulastträger zu verlangen, wenn beispielsweise der Verursacher einer Ölspur nicht bekannt ist.

Aufgrund der gesetzlichen Änderung ist auch die Satzung der Stadt Baesweiler über die Inanspruchnahme von Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr und über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren entsprechend anzupassen. Die Änderungssatzung ist der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Stadtrat einstimmig vor, die der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Inanspruchnahme von Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Baesweiler und über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren vom 26.09.2001 zu beschließen.

7. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgten keine Mitteilungen.

8. Anfragen von Ausschusmitgliedern

Seit Ende vergangenen Jahres sind die neuen Reisepässe mit einem Chip ausgestattet, das per Funk auslesbar ist. Hier haben Datenschützer Bedenken geäußert, da diese Chips auch für Kriminelle auslesbar sein könnten. Ratsmitglied Beckers erklärte, dass die Stadt Lübeck ihren Bürgern eine Aluminiumschutzhülle zum Selbstkostenpreis anbiete, um einen möglichen Missbrauch zu vermeiden. Er bat die Verwaltung, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen und evtl. ebenfalls Schutzfolien anzubieten.

Bürgermeister Dr. Linkens erklärte, dass die Verwaltung derzeit im Gespräch mit dem Städte- und Gemeindebund sei. Er hoffe im Interesse der Bürger, eine Lösung zu finden.